

Uwe Schummer
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

(030) 227 – 73484

(030) 227 – 76992

uwe.schummer@bundestag.de

30. Dezember 2004

Uwe Schummer MdB, Mitglied im Bundesvorstand der CDU-Sozialausschüsse und Berufsbildungsexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fordert einen

Sozialkontrakt für Deutschland

Armutsbericht: Schlechtes Zeugnis für die Bundesregierung

Der Bericht der Bundesregierung über „Lebenslagen in Deutschland“ ist ein schlechtes Zeugnis für die Bundesregierung. So ist die Wahrscheinlichkeit in Armut zu leben seit 1998 von 12,1 auf 13,5 Prozent gewachsen. Während die Einkommen der kleinen und mittleren Einkommensbezieher stagnieren, sind die Vermögen der Spitzenverdiener nominal um 17 Prozent gewachsen. Schröders Politik brachte die größte Umverteilung von unten nach oben seit der Deutschen Einheit.

Ursache ist der Abbau von 1,2 Millionen Arbeitsplätzen seit 2001. Im gleichen Zeitraum sind über 80.000 Betriebe vom Markt verschwunden. Schon der letzte Armutsbericht zeigte, dass seit 1990 die Kapitaleinkünfte dreifach schneller steigen als die Arbeitseinkommen. Konsequenzen wurden nicht gezogen. 1,2 Millionen Kinder leben heute in Familien, die von der Sozialhilfe leben – 200.000 mehr als 1998.

Die Union fordert in ihrem Beschluss „Wachstum, Arbeit – Wohlstand“ Kombilöhne als Einstieg für Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose in eine neue berufliche Beschäftigung und die stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer an den Kapitaleinkünften. Dies eröffnet den Beschäftigten eine zusätzliche Einkommensquelle, verbessert die Kapitalstruktur in den Betrieben und erhöht die Produktivität. Mit dem „Investivlohn“ soll eine Gesellschaft der Teilhaber entwickelt werden.

Die Bundesregierung ist gefordert, ihre eigenen Berichte endlich ernst zu nehmen und mit den Sozialpartnern, Kirchen und Ländern einen Sozialkontrakt gegen die wachsende Armut in Deutschland zu schließen.

PRESSMITTEILUNG